

Gottenheimer Bürgerinitiative für den sofortigen Weiterbau der B-31 West e.V.

www.go-west-b31.de



Planfeststellungsverfahren der B 31-West bis Breisach muss unverzüglich zu Ende geführt werden

Mit Wut, Enttäuschung und völligem Unverständnis reagieren betroffene Bürger aus Gottenheim, Bötzingen und Ihringen auf die Entscheidung der Landesregierung über den Planungsstopp der B 31-West.

Ohne jedes Gespräch mit den betroffenen Gemeinden und deren Bürgern wurde eine Entscheidung mit nachhaltigen Folgen getroffen. Im nächsten Jahr wäre aller Voraussicht nach mit dem Planfeststellungsbeschluss die Baugenehmigung für die Straße erteilt worden. Mit dem Planungsstopp werden die bereits aufgewendeten Gelder für die mehrjährige Planung in Millionenhöhe kurzerhand vernichtet, eine Fortführung der Trasse bis Breisach praktisch aussichtslos!

Mit dem Verzicht auf die weitere Planung wird die Region des südlichen Kaiserstuhls zum Experimentierfeld grüner Ideologie. Der weitere Ausbau der Breisgau-S-Bahn, der ausdrücklich begrüßt wird, stellt eine verkehrspolitische sinnvolle Ergänzung dar. Er wird aber niemals einen Ersatz für die B-31 West sein können. Insbesondere der zunehmende Schwerlastverkehr wird sich damit nicht verringern lassen, auch bereits angedachte Verkehrskonzepte werden daran wenig ändern.

Die Realisierung der B 31-West ist sowohl für die Gemeinden, aber auch für die positive Weiterentwicklung der gesamten Region des südlichen Kaiserstuhls unverzichtbar. Nur mit der B 31-West kann die Attraktivität der Gemeinden erhalten und deren Standort gestärkt werden.

Von den betroffenen Anwohnern wird die Straße bereits seit vielen Jahren herbeigesehnt.

Schon heute ist ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen- stetig steigend- zu verzeichnen. Endet die B-31 West zwischen Gottenheim und Bötzingen wird sich die Verkehrslast, insbesondere der Schwerlastverkehr, verstärken.

Allein in Gottenheim wird im Auffahrtsbereich (obere Hauptstraße und Bötzingenstraße) ein Verkehrsaufkommen von ca. 13.000 Fahrzeugen erwartet, davon über 25% Schwerlastverkehr.

Die Entscheidung des Verkehrsministers Hermann ist gegen die hier lebenden Menschen gerichtet, die nun um die Lebensfähigkeit, Attraktivität und Zukunft ihrer Dörfer fürchten.

Sollte eine Fortführung bis Breisach nicht gelingen, fordern wir unverzüglich eine kleinräumige Umfahrung bis zur Wasenweilerstraße!

